

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Harald B. Schäfer MdB wirft der Bundesregierung vor, nichts zum Schutz von Nord- und Ostsee zu tun: Gutwillige Umweltpolitiker können sich in der Koalition nicht durchsetzen.

Seite 1

Brigitte Adler MdB hält der Bundesregierung vor, sich nur unzulänglich für den Tierschutz einzusetzen: Tiere sind keine Sache.

Seite 2

Dokumentation:

Der Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Dr. Erhard Eppler, sprach kürzlich auf einem Theorieforum der SPD in Saarbrücken über die Zukunft des Fortschritts. Wir veröffentlichen sein Referat im Wortlaut (Teil I).

Seite 4

43. Jahrgang / 191

5. Oktober 1988

Bonn tut nichts zum Schutz von Nord- und Ostsee

Gutwillige Umweltpolitiker können sich in der Koalition nicht durchsetzen

Von Harald B. Schäfer MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie

Trotz Algenpest, Robbensterben und neuerdings massenhaftem Fischsterben hat die Bundesregierung bisher nichts zur Rettung der Nord- und Ostsee unternommen. Alle anderslautenden Erklärungen sind kaum das Papier wert, auf dem sie stehen. Nicht einmal der sogenannte Zehn-Punkte-Katalog, den Herr Töpfer seit Monaten wie ein Banner vor sich herträgt, ist bisher im Bundeskabinett beschlossen. Von einer Umsetzung der einzelnen Maßnahmen ganz zu schweigen.

Auch im Umweltausschuß sind die Gespräche über eine gemeinsame Initiative bisher substantiell nicht vorangekommen. Aus für mich nicht mehr nachvollziehbaren Gründen sind Gesprächstermine immer wieder verschoben und Entscheidungen der Koalitionsparteien hinausgezögert worden. Wir halten am Ziel eines gemeinsamen Beschlusses aller Parteien im Umweltausschuß fest. Nach dem bisherigen Verlauf der Gespräche habe ich jedoch erhebliche Zweifel, ob die Regierungsparteien bis zum letzten für uns akzeptablen Termin in der nächsten Sitzungswoche entscheidungsfähig sein werden.

Entscheidend ist für uns unter anderem die Frage der Finanzierung. Es ist unbestritten, daß für eine schnelle Sanierung der Kläranlagen Finanzhilfen an die Gemeinden unverzichtbar sind. Die Bundesregierung hat bisher nicht eine DM zusätzlich für den Gewässerschutz zur Verfügung gestellt. Bei dem von den Koalitionsparteien im Umweltausschuß eingebrachten Antrag, für diese Zwecke 240 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, handelt es sich um ein Schauturnen ohne Netz und doppelten Boden. Daß diese Initiative ohne Abstimmung mit dem Finanzminister erfolgte, ist schon daran abzusehen, daß der entsprechende Antrag nicht in den Haushaltsausschuß eingebracht wurde. Offenbar können sich die gutwilligen Umweltpolitiker in den Koalitionsparteien nicht durchsetzen.

Unsere Position zur Finanzierung von Gewässerschutzmaßnahmen ist klar. Mit den von den Regierungsparteien geplanten Zinszuschüssen kann lediglich ein Investitionsvolumen von drei Milliarden DM ausgelöst werden. Dies ist angesichts der notwendigen Investitionen in diesem Bereich von mindestens 15 Milliarden DM völlig unzureichend. Eine Finanzierung der Gewässerschutzmaßnahmen allein aus dem sogenannten „Strukturhilfefonds“ (Albrecht-Initiative) lehnen wir ab. Wir haben darum in den Umweltausschuß einen in unserer Fraktion abgestimmten Antrag eingebracht, 500 Millionen DM pro Jahr auf fünf Jahre für ein Bund-Länder-Investitionsprogramm zur Nachrüstung kommunaler Kläranlagen bereitzustellen. Dieser Antrag wurde von den Regierungsparteien abgelehnt.

(-/5.10.1988/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verringerte Umwelt-
mit weniger Rohstoffen
Recycling-Papier



Tierschutz mangelhaft

Substantielle Verbesserungen erforderlich

Von Brigitte Adler MdB

Das Tierschutzgesetz von 1987 erfüllt nicht die Erwartungen, die man in es gesetzt hat. Zwar sagt die Präambel: „Zweck dieses Gesetzes ist es, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen.“

Diese Verantwortung für das Tier muß sich messen lassen an den Taten, also dem Gesetzestext und den Rechtsverordnungen dieser Bundesregierung. So gibt der § 1 des Gesetzes bereits die Handlungsbefugnis gegenüber den Tieren, in dem dort formuliert steht:

„Niemand darf dem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.“

Die zutage getretenen Vorkommnisse beim Transport von Tieren, bei der Massentierhaltung, vor allem aber bei den Tierversuchen zeigen, daß der Wille, für das Tier zu handeln nicht vorhanden ist. Sonst könnte es die Bilder von verdurstenden, wundgeschäuerten und kranken Tieren nicht geben. Auf unsere Kleine Anfrage zu Tiertransporten mußte die Bundesregierung Versäumnisse zugeben. In einem Antrag, der gerade in den Fachausschüssen des Bundestages beraten wird, haben wir unsere Forderungen nach Versorgungstationen, nach einheitlichen Regelungen in Bezug auf die Zahl der Tiere bei Transporten, der artgerechten Unterbringung und Verpflegung der Tiere niedergelegt. Die Veterinäre bedürfen bundeseinheitlicher Kontrollkriterien, um ihre Aufgabe wahrnehmen zu können. Außerdem sollen sie die „Anwälte“ der Tiere in einem von wirtschaftlichen Faktoren bestimmten Wettbewerb sein.

Der § 2 des Tierschutzgesetzes sagt etwas über die Haltung von Tieren aus: „Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat, muß das Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen.“

Die Skandale um die Massentierhaltung hat diesen Paragraphen wieder stärker in das Blickfeld gerückt. Der Bundesminister für Landwirtschaft hat die Legehennen- und Schweinehaltungsverordnung bereits in Kraft gesetzt. In beiden Fällen muß festgestellt werden, daß die Interessen der Tiere unzureichend berücksichtigt wurden. Die schwierige ökonomische Situation der Landwirte hat zu großzügigen Stallbauten und zu großen Viehbeständen geführt. Der Entwurf einer Kälberverordnung liegt vor, er wird aber aufgrund der neuesten Entwicklung um Hormone in der Kälbermast überarbeitet. Die Verordnung zur Haltung von Pelztieren steht noch aus. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag zur Massentierhaltung beraten und wird ihn im Oktober im Bundestag einbringen.

Besonders traurig und beschämend sieht es im Bereich der Tierversuche § 3 des Tierschutzgesetzes aus. Mit einem „vernünftigen Grund“ dürfen Tiere Schmerzen und Leiden zugefügt werden. Wer entscheidet, was ein „vernünftiger Grund“ ist? Unserer Forderung nach genereller Abschaffung von Tierversuchen wurde bei der Beratung des Gesetzes nicht Rechnung getragen. Nur in begründeten Ausnahmefällen sollte eine paritätisch besetzte Ethikkommission darüber entscheiden können, ob Ver-

suche vorgenommen werden dürfen. Nur sehr schleppend kommt die Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Tierversuchen in Berlin beim Bundesgesundheitsamt in Gang. Die Haushaltsberatungen haben gezeigt, daß der Rotstift wieder die Feder geführt hat. Die Forschungsgelder, die Einrichtung einer Datenbank lassen auf sich warten. Ehrlich und sachgerecht geht die zuständige Ministerin nicht mit dieser Frage um.

Ein Lichtblick schien wenigstens die Erklärung des Justizministers zu sein, daß er bereit sei, Tiere als lebendige Wesen auch rechtlich anzuerkennen. Also das Tier nicht mehr als Sache bewertet wird. Bis heute sind keine konkreten Schritte auf eine rechtliche Änderung hin unternommen worden.

Wir Sozialdemokraten haben unsere Forderungen immer wieder im Parlament vorgetragen. Wir werden auch in Zukunft auf eine Änderung des Tierschutzgesetzes drängen. Unsere Forderungen sind deshalb:

- tierartgerechte Haltung,
- tierartgerechte Versorgung mit Nahrung,
- tierartgerechte Arzneimittelversorgung,
- generelles Untersagen von Tierversuchen; Ausnahmen nur in begründeten Einzelfällen.

Wir fordern darüber hinaus, daß Geld zur Forschung von Alternativmethoden zur Verfügung gestellt wird. Doppelversuche müssen vermieden werden, deshalb muß der Aufbau einer Datenbank erfolgen. Bekannt ist, daß Tierversuche nicht in vollem Umfang auf den Menschen übertragbar sind. Deshalb gibt der Tierversuch nur bedingt Aufschluß in der Praxis.

Hilfreich können die neu geschaffenen Ethikkommissionen sein, wenn bei der Zusammensetzung des Gremiums auf Parität geachtet wird. In sozialdemokratisch regierten Bundesländern ist es gelungen, die Kommissionen zu echten Tierschutzbeauftragten werden zu lassen.

Es gibt mehr offene Problempunkte seit der Novellierung des Tierschutzgesetzes. Eine gute Lobby haben Tiere zum Glück in den Tierschutzverbänden, denen für diese Arbeit zu danken ist. Sie weisen immer wieder auf die Probleme hin und zeigen Lösungswege auf.

Es muß daran erinnert werden, daß Tiere keine Sache sind, mit denen man nach wirtschaftlichen oder privaten Interessen umspringen kann. Tiere sind lebendige Wesen, die unserer Fürsorge und Zuwendung bedürfen. Deshalb muß das Tierschutzgesetz geändert werden, damit die Tiere „Schutz“ erhalten.

(-/5.10.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Dr. Erhard Eppler: Die Zukunft des Fortschritts

(Teil I)

Der Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Dr. Erhard Eppler, sprach kürzlich auf einem Theorieforum der SPD in Saarbrücken über die Zukunft des Fortschritts. Wir veröffentlichen sein Referat im Wortlaut.

I.

Daß Geschichte ein Fortschreiten der Menschheit zu einer immer vollkommeneren Ausfaltung, Entfaltung, Entwicklung ihrer Möglichkeiten sei, ist ein relativ junger Gedanke. Noch in den Geschichtsdarstellungen des 17. Jahrhunderts ist Geschichte eine Abfolge von Ereignissen, Geschichten und Kuriositäten, die sich allenfalls moralisch bewerten oder allegorisch deuten ließen. Weder die griechisch-römische noch die mittelalterlich-christliche Welt haben die Geschichte als Fortschritt gedeutet. Die Idee des Fortschritts, die als Glaube an den Fortschritt in die Geschichte eintrat, ist ein Produkt der europäischen Aufklärung. Wenn Aufklärung das Heraustreten des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit ist, dann ist eben dieses Heraustreten, dieses Fortschreiten weg von der Unmündigkeit der Fortschritt.

Technische Innovation, die sich etwa im Königsberg Immanuel Kants oder im Tübingen des jungen Hegel in engen Grenzen hielt, hatte in diesem Konzept die Funktion des Mittels, des Instruments. Aber da technische Innovation mit zunehmender Geschwindigkeit viele - wenn auch keineswegs alle - Menschen von Plackerei befreite, die Vervollkommnung des Menschen jedoch auf sich warten ließ und überdies schwer meßbar war, wurde schließlich diese technische Innovation selbst als Fortschritt, ja als d e r Fortschritt empfunden. Wo heute, etwa in der Wirtschaft, von Fortschritt die Rede ist, ist meist technische Innovation oder wirtschaftliche Expansion, also Wachstum gemeint. Die Subjekte des Fortschritts haben gewechselt. Die Mittel haben sich als Zweck etabliert.

Ich möchte ganz altmodisch darauf bestehen, daß Subjekt des Fortschritts der Mensch, genauer die Menschheit ist. Fortschritt ist, was menschliches Leben fördert, steigert, die Entfaltung menschlicher Gaben erleichtert - der physischen, psychischen und geistigen -, was menschliches Leben freier, gelöster, angstfreier, was menschliches Zusammenleben solidarischer, also menschlicher macht.

Was immer im Bereich von Technik und Wirtschaft dazu beiträgt, ist Fortschritt. Was Menschen unfreier macht, ihnen neue Zwänge auferlegt, sie hilfloser macht, was sie ängstigen muß, was Solidarität zwischen Menschen erschwert, was Teile menschlicher Physis oder Psyche verkümmern läßt, was Menschen psychisch überfordert und krank macht, ist auch dann kein Fortschritt, wenn es mit technischer Innovation oder auch dem Wachstum des Sozialproduktes verbunden ist.

Diese Definition ist für unser Thema deshalb wichtig, weil ich mit vielen der Meinung bin, daß es durchaus verantwortbar und sogar ratsam wäre, die technische Innovation dem Zusammenspiel von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft zu überlassen, wenn das Ergebnis dieses Zusammenspiels notwendig Fortschritt wäre. Das Schädlingsbekämpfungsmittel DDT war gewiß eine wichtige technische Innovation. Aber es war im Endergebnis kein Fortschritt, sondern eine Gefährdung für die Gesundheit von Tier und Mensch, daher mußte es verboten werden. Durch gentechnische Innovation und Manipulation läßt sich bewirken, daß immer weniger Kühe immer mehr Milch geben. Ob dies ein Fortschritt ist, hängt davon ab, was dies für Bauern und Verbraucher, für eine ökologisch verantwortbare Landwirtschaft bedeutet. Autos, die lässig über 200 km/h fahren können, mögen faszinierende technische Wunderwerke, sie können sogar ästhetisch ansprechend, also schön sein. Ob sie für uns ein Fortschritt sind, hängt davon ab, wie sich diese Geschwindigkeit zum - gleichbleibenden - menschlichen Reaktionsvermögen verhält, wieviele Menschen mit den Versuchungen, die ein solches Auto in sich birgt, so umgehen können, daß niemand zu Schaden kommt, und wieviel Stickoxyd ein solches Auto den pflanzlichen, tierischen und menschlichen Organismen zumutet.

Natürlich wird hier in jedem Fall eine Güterabwägung nötig, und sie mag im Einzelfall schwierig sein, aber sie ist unerlässlich. Wenn wir uns darüber einig sind, werden wir uns darüber verständigen müssen, wer nach welchen Regeln und nach welchen Maßstäben diese Abwägung zu leisten hat.

II.

Mancher mag nun einwenden, das sei doch wohl immer so gewesen. Natürlich müsse der Staat Grenzen setzen, feststellen, was erlaubt ist und was nicht. Nur: Wir sind heute an einem Punkt der Geschichte angekommen, der eine neue Qualität von Verantwortung von uns fordert.

Mit den Arsenalen von Atombomben, die heute bei den Weltmächten lagern, läßt sich die gesamte Menschheit ausrotten, wenn nicht sofort und direkt, dann in ein paar Jahren durch den atomaren Winter. Und die Möglichkeiten der Gentechnik erlauben es Menschen, den Prozeß der Evolution, der auch den Menschen hervorgebracht hat, in die eigene Hand zu nehmen, Bakterien, Pflanzen, Tiere und schließlich auch Menschen neu zu konstruieren. Menschen können heute den achten Schöpfungstag inszenieren, und sie können dafür sorgen, daß - biblisch gesprochen - doch aufhören wird Saat und Ernte, Sommer und Winter, Frost und Hitze, Tag und Nacht.

Zum ersten Mal in der Erdgeschichte gibt es am Ende des 20. Jahrhunderts nach Christi Geburt ein Produkt der Evolution, das diese Evolution beenden oder auch in die eigene Hand nehmen kann. Was bisher in allen Kulturen nur Gott oder den Göttern als Fähigkeit zugeschrieben wurde, ist jetzt in die Reichweite menschlicher Verfügungsgewalt gekommen. Hunderte von Arten, die in Millionen Jahren entstanden, haben wir bereits vertilgt, andere wollen wir dafür schaffen.

Wir sind sogar in der Lage, auch ohne Krieg unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Dabei wissen wir noch nicht einmal genau, wie dies im einzelnen vor sich geht und was wir bereits angerichtet haben.

Das alles wirft Fragen auf, die weder Adam Smith noch Karl Marx sich zu stellen brauchten. Für sie war, wenn man von ein paar erstaunlich heilsichtigen Bemerkungen bei Marx absieht, Ökonomie eine Veranstaltung, die sich innerhalb einer ansonsten intakten, niemals in Frage gestellten Natur abspielte. Für Smith und Marx ging es noch um die Beherrschung von Natur, heute geht es um die Lebensfähigkeit dessen, worin menschliches Leben eingebettet bleibt. Für Marx ging es um die Entfesselung der Produktivkräfte, heute geht es auch um ihre Bindung an das Ziel eines humanen Fortschritts.

Wo es um die Zukunft aller geht, sind alle gefordert. Da klingt die Forderung, die Wirtschaft einfach den Unternehmern oder allenfalls den Ökonomieprofessoren zu überlassen, nicht weniger naiv als die Vorstellung, man könne Fragen von Rüstung und Abrüstung den Generalen überlassen.

III.

Es geht ja nicht nur darum, wie der Fortschritt aussehen soll, sondern darum, ob er stattfindet oder nicht, und vor allem: wie Rückschritt zu verhindern ist. Niemand kann heute noch von Fortschritt reden, ohne in seinen Fortschrittsbegriff die Verhinderung von Rückschritt, ja von Katastrophen einzubeziehen. Die Minderung von Risiken, die Vermeidung von Katastrophen ist auch künftig nicht der ganze, wohl aber der halbe Fortschritt.

Ulrich Beck hat unsere Gesellschaft eine Risikogesellschaft genannt. War das Elend der frühen Industrialisierung auf eine Klasse begrenzt, so sind die Risiken egalitär. Hunger ist hierarchisch, atomare Verseuchung ist egalitär und insofern demokratisch. Die Frage, wie Güter gerecht verteilt werden, spaltet die Gesellschaft in Interessengruppen. Die Frage, wie Katastrophen zu vermeiden sind, geht alle in gleicher Weise an und kann riesige Mehrheiten mobilisieren. Wo diese Mehrheiten einmal vorhanden sind, werden sie sich früher oder später in parlamentarischen Mehrheiten und in exekutivem Handeln niederschlagen.

Es geht also um Politik. Und so wie man die Wirtschaft nicht den Unternehmern überlassen darf, so Politik nicht den Politikern. Politik ist unendlich viel mehr als das, was da in Parteien und Parlamenten geredet, getan und unterlassen wird. Politik ist da, wo Bürgerinitiativen einer Wiederaufarbeitungsanlage widerstehen, wo Gerichte Recht sprechen, wo Zeitungen berichten und kommentieren, wo Kirchen warnen oder fordern, wo Verbände ihre Interessen vertreten, wo Menschen wach werden und sich zu Wort melden.

Ich habe mich im letzten Jahrzehnt zunehmend aus der Tagespolitik zurückgenommen, weil ich festgestellt hatte, daß ein Buch oder auch nur eine eindrucksvolle These mehr bewirken als jahrelanges Rotieren in Parlament oder Exekutive. Wo neues Bewußtsein entsteht, sich strukturiert, artikulationsfähig und damit politikfähig wird, geschieht mehr Politik als in hundert sterilen Kabinettsitzungen.

Wo aber neue Mehrheiten entstehen - meist geschieht dies durch Alltagserfahrungen, die schließlich reflektiert und verarbeitet werden -, finden sich auch Politiker, die sich diese neuen Mehrheiten zunutze machen, sie repräsentieren und ihnen zum Durchbruch verhelfen. Das ist Demokratie.

Dabei geht es nicht darum, was wir der menschlichen Vernunft zutrauen. Ich weiß, daß Gelehrte wie Friedrich von Hayek davor warnen, von planender Vernunft eine ersprießliche Zukunft zu erwarten. Damit sei die menschliche Vernunft überfordert. Sogar wenn man der planenden Vernunft gegenüber skeptisch ist, bleiben ein paar Fragen:

Warum sollte für den Staat unmöglich sein, was in jedem Konzern selbstverständlich ist, nämlich auf ein oder zwei Jahrzehnte voranzudenken? Warum sollte der Mangel an planender Vernunft den Fortschritt zuwebringen, den planende Vernunft nicht erreicht? Warum sollte der Markt die Katastrophen verhindern, die planende Vernunft nicht verhindern kann?

Warum soll die menschliche Vernunft, die durch Planung überfordert ist, durch keine Technik zu überfordern sein? In Wirklichkeit geht es nicht darum, ob geplant wird, sondern wer in wessen Interesse plant.

Wenn wir aber schon Zweifel an der Vernunft hegen, müßten wir dann nicht zuerst die Frage stellen, ob es nicht Techniken gibt, die den Menschen und seine Vernünftigkeit überfordern? Dürfen wir uns je nach Bedarf auf ein optimistisches oder ein pessimistisches Bild vom Menschen berufen, in der Planung auf ein pessimistisches, in der Technik auf ein optimistisches? Warum soll, wer weder intellektuell noch moralisch imstande ist, zwischen nützlicher und schädlicher Technik zu unterscheiden, mit Plutonium verantwortlich umgehen können? Man kann nicht Vernunft-Pessimist sein und dann ändern das Etikett des Kulturpessimismus ankleben.

Was heute wirklich zur Diskussion und zur Entscheidung steht, sind nicht vermessene Zukunftspfanungen, sondern politische Weichenstellungen für grundlegende Techniken, die Wahl zwischen technischen Alternativen.

Lassen Sie mich Hans Jonas zitieren: „Der Freiheit aber die Möglichkeit abzusprechen, den richtigen Weg zu finden, wäre das, was ich ‚ruchlosen Pessimismus‘ nennen würde; weil es uns nämlich dazu verführen würde, den Dingen ihren Lauf zu lassen und fatalistisch die Hände in den Schoß zu legen. Erforderlich ist ein Realismus, die Erkenntnis dessen, was auf dem Spiele steht, was sein darf und was nicht sein darf.“

Das, was nicht sein soll, ist sehr oft leichter zu erkennen als das, was sein soll. In der Erkenntnis des Übels sind wir etwas besser ausgerüstet, etwas besser gestellt als in der Erkenntnis des wahrhaft Erstrebenswerten. Man kann aber zu dem einen aus der Furcht vor dem anderen kommen.“

(-/5.9.1988/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

* * *